

Presseinformation

Potsdam, 25. Februar 2009

Zum Streit um ein neues NPD-Verbotsverfahren erklärt der Sprecher für ein Tolerantes Brandenburg, Dr. Andreas Bernig:

Politische Antwort ist nötig !

Die Entscheidung über ein erneutes NPD-Verbotsverfahren ist keine Frage von Konsens innerhalb der Innenministerkonferenz (IMK), sondern bedarf einer politischen Antwort.

Brandenburgs Innenminister bemüht hier einen Konsens der IMK an der falschen Stelle. Nach Schönbohm ist ein Verbotsverfahren erst dann wieder sinnvoll, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Dabei weiß der Innenminister sehr genau, welche Gründe 2003 zum Scheitern des NPD - Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht führten, nämlich die V-Leute des Verfassungsschutzes in der Spitze der NPD. Genau diese aber will Schönbohm nicht abziehen. Was also fehlt, ist der politische Wille dazu und eine politische Mehrheit dafür.

Der aggressive und demokratiefeindliche Charakter der NPD ist längst sichtbar, damit auch der Verbotsgrund! Wer dafür ein erfolgreiches Verfahren wirklich will, muss also die V-Leute abschalten, auch in Brandenburg.

Wir brauchen keine V-Leute des Verfassungsschutzes, aber wir brauchen den Schutz der Verfassung vor der NPD und das bedeutet ihr Verbot!